

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1953)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-417471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BERICHT
ÜBER DIE
STAATSVERWALTUNG
DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1953

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dewet Buri**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Georges Moeckli**

Vizepräsident des Regierungsrates: { Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Georges Moeckli**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **R. Gnägi**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahre wurde über 3 kantonale und 3 eidgenössische Vorlagen abgestimmt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 15. Februar wurde als erste Vorlage den Stimm-berechtigten das Gesetz über den Finanzausgleich zum Entscheid unterbreitet. Die Vorlage wurde mit 57 077 gegen 26 078 Stimmen angenommen. Das annehmende Mehr betrug 30 999. Von den 248 636 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberchtigten gingen 83 716 oder 33,67 % an die Urne.

Die zweite Abstimmung fand am 19. April statt. Die Abänderung von Artikel 19 der Staatsverfassung (Wahlziffer für die Wahl des Grossen Rates) wurde mit 48 001 gegen 40 836 Stimmen angenommen. Die annehmende Mehrheit betrug 7165 Stimmen. Die Zahl der Stimmberchtigten betrug 248 430. Es gingen 95 189 oder 38,31 % an die Urne.

Bei der dritten und letzten Abstimmung des Jahres vom 6. Dezember kamen 2 Vorlagen zur Abstimmung.

1. Volksbeschluss über die Bewilligung eines Nachkredites an die Kosten der Errichtung der Bergbauern-

schule Hondrich, welcher mit 66 919 gegen 64 517 oder mit einem Mehr von 2402 Stimmen angenommen wurde.

2. Volksbeschluss über die Bewilligung eines Nachkredites an die Kosten der Errichtung der bernischen Heilstätte «Bellevue» in Montana, der mit 78 640 gegen 54 527 oder mit einer Mehrheit von 24 113 Stimmen angenommen wurde.

Von den 248 947 Stimmberchtigten gingen 139 719 an die Urne, somit 56,12 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Die 1. Abstimmung des Jahres fand am 19. April statt. Der Bundesbeschluss über die Revision des Bundesgesetzes betr. den Postverkehr wurde mit 37 295 gegen 57 455 oder mit 20 160 Stimmen verworfen. Die Stimmberchtigung im Kanton betrug 38,28 %. Von den 249 362 Stimmberchtigten gingen nur 95 467 an die Urne.

Die 2. Abstimmung wurde auf den 6. Dezember angesetzt. Zwei Bundesbeschlüsse wurden den Stimmberchtigten unterbreitet:

1. Bundesbeschluss über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes. Der Beschluss wurde mit 62 914 gegen 73 151 Stimmen, also mit 10 237 verworfen.

2. Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 24 ^{quater} betr. den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung. Die Stimmberchtigten stimmten mit 103 150 gegen 33 661 Stimmen dem Beschluss zu. Die annehmende Mehrheit betrug 69 489 Stimmen.

Von den 249 850 Stimmberchtigten nahmen am Urnengang 140 144, oder 56,91 % teil.

Die Stimmberchtigung bei Volksabstimmungen lässt weiter zu wünschen übrig. Trotzdem bei kantonalen Abstimmungen das Stellvertretungsrecht eingeführt ist, sich somit jeder Stimmberchtigte, der wegen Alter, Krankheit oder Ortsabwesenheit am Gang zur Urne verhindert ist, vertreten lassen kann, werden verhältnismässig geringe Stimmberchtigungen erreicht.

Fallen kant. und eidg. Volksbefragungen zusammen, so kommt die Bedeutung des Standes Bern in eidgenössischen Angelegenheiten noch mehr zum Ausdruck. Der Regierungsrat begrüsst deshalb die Vorstösse im Grossen Rat betr. Massnahmen zur Hebung der Stimmberchtigung und hat der Präsidialabteilung den Auftrag erteilt, diese Fragen zu prüfen und allfällige Revisionsvorschläge zu unterbreiten. Der Regierungsrat möchte aber von einer Änderung des Artikels 2 des Gesetzes über die Volksabstimmungen und Wahlen, welcher die Ausübung des Stimmrechtes als Bürgerpflicht bezeichnet, diese Pflicht aber mit keinem Zwang verbinden will, absehen. Eine vermehrte staatspolitische Erziehung, verbunden mit der Hebung des politischen Verantwortlichkeitsgefühls können schliesslich allein zu einer dauernden Besserung führen.

Volkswahlen

Im Berichtsjahr wurden die eidgenössischen Ge schworenen neu gewählt. Dabei fanden im ganzen Kanton gebiet stille Wahlen statt.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Die bernische Vertretung im Nationalrat erlitt durch den Hinschied von Hans Hofer, Käser in Spins, einen grossen Verlust. Herr Hofer gehörte dem Nationalrat seit dem Jahr 1935 ohne Unterbruch an. Als Nachfolger rückte von der Liste der bern. Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental-Jura-Mittelland-Oberaargau-Seeland Regierungsrat Rudolf Gnägi nach.

Grosser Rat

Der Grosser Rat hielt 5 Sessionen (davon ausserordentliche im Februar und März) mit insgesamt 40 Sitzungen ab.

Die ausserordentliche Session vom 6. März diente der Erinnerung an den am gleichen Tag vor 600 Jahren erfolgten Eintritt von Bern in den ewigen Bund der Eidgenossen, sowie der formellen Genehmigung eines Beschlusses für die Stiftung «Bernisches Hilfswerk».

An dieser Sitzung nahmen der Regierungsrat in corpore teil, 190 Mitglieder des Grossen Rates, der ber-

nische Bundesrat Dr. M. Feldmann, R. Minger und Ed. von Steiger, Vertreter der Armee, der übrigen bernischen Behörden, der Amtsbezirke und Gemeinden sowie Chefbeamte der Zentralverwaltung.

Ansprachen wurden gehalten von Regierungspräsident Dewet Buri, Grossratsvizepräsident R. Vuilleumier und Grossratspräsident E. Studer. Der gesamte Anlass wurde eingeraumt mit Musikvorträgen des Schneberger Quartetts. Nach Schluss der Sitzung im Grossen Rat begaben sich sämtliche Teilnehmer in feierlichem Zug in das Münster, wo Prof. Dr. Guggisberg die Festpredigt hielt.

Als Präsident des Grossen Rates amtete bis 31. Mai Ernst Studer, Bauingenieur in Burgdorf.

Für das Amtsjahr 1953/54 rückte als Grossratspräsident René Veilleumier, Gemeindepräsident in Tramelan, nach.

Als Vize-Präsidenten wurden gewählt Dr. Hans Tschumi, Tierarzt in Interlaken, und Werner Bickel, Redaktor in Bern.

Während des Geschäftsjahres trat als Mitglied des Grossen Rates Roger Cattin, Les Breuleux, zurück. Er wurde durch Marc Jobin, Fürsprecher und Notar in Saignelégier, ersetzt. Für den bereits Ende 1952 verstorbenen Charles Flotiron sowie für Hans Hofer, Käser in Spins, traten neu in den Rat ein:

Fritz Hauri, Typograph in Moutier, und Erwin Stuber, Landwirt und Fabrikant in Schüpfen.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den aus dem Rate Ausgeschiedenen für die dem Staat geleisteten Dienste.

In den ständigen grossrächtlichen Kommissionen sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

Büro: Durch eine Änderung von § 21, Absatz 1, der Geschäftsordnung des Grossen Rates wurde die Zahl der Stimmenzähler von 4 auf 5 erhöht. Als neuer Stimmenzähler wurde gewählt Ernst Stäger, Hotelier in Lauterbrunnen.

Paritätische Kommission: Diese hielt keine Sitzungen ab. Turnusgemäss wechselte aber das Präsidium von Grossrat J. Schlappach, Tavannes, auf Karl Geissbühler, Verbandssekretär in Köniz. An Stelle des letztern wurde als Vize-Präsident Joseph Vallat, Pruntrut, gewählt.

Im Verwaltungsgericht traten zurück, Henri Romy, Landwirt, Sorvilier, und Hans Bürgi, Notar, Kirchberg. An ihrer Stelle wurden gewählt, Arthur Juillerat, Landwirt in Undervelier, und Werner Schlosser, Notar in Kirchdorf. An Stelle des letztern wurde als Ersatzmann dieses Gerichtes gewählt Peter Bürgi, Fürsprecher und Notar in Burgdorf. Am 11. November wurden die 11 Mitglieder und 5 Ersatzmänner sowie der Präsident und der nichtständige Vize-Präsident dieses Gerichtes auf eine weitere Amts dauer von 4 Jahren bestätigt.

Bei der Gesamterneuerungswahl der kaufmännischen Mitglieder des Handelsgerichtes im Jahre 1952 erreichte ein Vorgesetzter aus dem Jura das absolute Mehr nicht. Anlässlich der Ersatzwahl, die im Berichtsjahr stattfand, wurde Albert Chavanne, Handelsmann in Govelier, gewählt. – Ferner verstarben im Berichtsjahr die beiden bisherigen Mitglieder W. Brand und A. Probst, welche ersetzt wurden durch Willy Baumann, Fabrikant in Langenthal, und Fred Hänni, Geschäftsführer in Biel.

Als Ersatzmann des Obergerichtes wurde an Stelle des zurückgetretenen Dr. P. Dumont, Fürsprecher in Bern, Manfred v. Wattenwyl, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Ebenso wurde der Generalprokurator Dr. H. Gauschi für eine weitere Amtszeit wiedergewählt.

In der Kommission für Rindviehzucht schieden nach einer 6jährigen Amtszeit J. Bähler, Hans Binggeli und G. Lüthi aus. Sie wurden ersetzt durch Walter Bärtchi, Landwirt und Viehzüchter in Gümligen, Paul Dummermuth, Landwirt und Viehzüchter, Unterlangenegg, und Hans Hostettler, Landwirtschaftslehrer, Zollikofen.

Der Grosser Rat behandelte im Berichtsjahr folgende wichtige Geschäfte:

1. Verfassungsänderungen

Abänderung von Artikel 19 der Staatsverfassung, 2. Beratung.

2. Gesetze

Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung, 1. und 2. Beratung.

Gesetz über die Universität, 1. und 2. Beratung.

Gesetz über die Tierseuchenkasse und Gesetz über die Beitragsleistung an Wohnbauten für kinderreiche Familien mit bescheidenem Einkommen, je 1. Beratung.

3. Dekrete

Baubeiträge an Gemeinde- und Bezirkskrankenanstalten. Bekämpfung der Rindertuberkulose und Organisation des tierärztlichen Tuberkulosedienstes.

Bereinigung der Gemeindegrenzen im alten Kantonsteil, Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 11. September 1878.

Bereinigung von Kirchengemeindegrenzen und Benennung der Kirchengemeinden.

Besoldung der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung vom 26. November 1946 (Ergänzung).

Besoldung der Geistlichen der bern. Landeskirchen.

Besteuerung der Motorfahrzeuge; Abänderung.

Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und Mandatzahl der Wahlkreise.

Errichtung von Untersuchungsrichterstellen.

Feuerwehrwesen und Abwehr von Elementarschäden. Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal und zusätzliche Teuerungszulagen sowie an Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse für das Jahr 1953 und 1954 sowie Abänderung. Organisation der Bezirkshelfereien.

Organisation der Militärverwaltung, Abänderung des Dekretes vom 20. September 1916.

Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung.

Trennung der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Mett-Madretsch.

Zuteilung des Gebietes der Einwohnergemeinde Rumen-dingen zur Kirchengemeinde Wynigen.

Zuteilung des Gebietes von Rebévelier und Fornet-Dessous zur römisch-katholischen Kirchengemeinde Lajoux.

4. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1952 waren im Berichtsjahr noch 6 Motionen zu behandeln, zu denen noch 19 neue kamen. Von diesen 25 wurden 22 erledigt, eine zurückgezogen und 2 auf das nächste Geschäftsjahr verschoben.

Aus dem Jahre 1952 wurde die Behandlung von 7 Postulaten auf das Berichtsjahr verschoben. Neu wurden 26 Postulate eingereicht. Infolge Rückzuges konnten 2 abgeschrieben werden. Von den verbleibenden 31 Postulaten wurden 28 behandelt und 4 auf das nächste Geschäftsjahr überschrieben.

Der Regierungsrat beantwortete im weiteren 48 Interpellationen, während 3 durch Rückzug erledigt wurden. Schliesslich wurden noch 43 Einfache Anfragen beantwortet.

5. Andere Geschäfte

Neben dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1952, der Staatsrechnung und dem Voranschlag 1954 wurden im Grossen Rat noch 190 Direktionsgeschäfte behandelt, worunter die folgenden:

Beteiligung der BKW an den Kraftwerken Lienne im Wallis.

Zustimmung zur Aufnahme einer Konversionsanleihe von 3 % für Fr. 15 Millionen.

Programm über den Ausbau der Verbindungsstrassen im Jahre 1954/55.

Zweite Privatbahnhilfe gemäss BG vom 6. April 1939 zugunsten der Gürbetal-Bern-Schwarzenburg-Bahn (GBS).

Zusätzlicher Unterricht (fakultative Fächer) an den Primarschulen.

Massnahmen zur Förderung des Viehabsatzes im Herbst 1953.

Erhöhung des Kantonsbeitrages an die Betriebskosten der bern. Heilstätten für Tuberkulose in Heiligenschwendi.

Bau des Beta-Synchrotron- und Isotopeninstitutes.

Umbau und Renovation der Dermatologischen Klinik.

Neubau eines Chemiegebäudes des Technikums Burgdorf.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Landwirtschaft, der Forsten und des Kirchenwesens, Regierungsrat Dewet Buri.

Am 1. Juni übernahm Regierungsrat G. Moeckli, Vorsteher der Direktion des Fürsorgewesens, das Ratspräsidium. Als Vize-Präsident wählte der Grosser Rat Regierungsrat R. Gnägi, Direktor der Volkswirtschaft.

In der Organisation und Zuteilung der Direktionen an die Ratsmitglieder ist in diesem Jahr keine Änderung eingetreten.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 105 Sitzungen ab, in welchen 7011 Geschäfte, also 166 weniger als im Vorjahr, behandelt wurden.

Im Berichtsjahr fanden die Feiern zur Erinnerung des vor 600 Jahren erfolgten Eintrittes Berns in den Bund der Eidgenossen statt. Die Vorbereitung und Organisation für diese Jubiläumsfeierlichkeiten hat Herr

Regierungsrat A. Seematter übernommen. Dieser gründete dafür einen Verein, bei welchem beinahe sämtliche Mitglieder des Regierungsrates in irgend einer Charge tätig waren. Das Zentralsekretariat wurde Fürsprecher Dreier, dem Sekretär der Finanzdirektion, übertragen.

Nachdem am 6. März die offizielle Feier der bernischen Behörden stattfand, über welche wir bereits unter dem Abschnitt «Grosser Rat» berichteten, fanden noch folgende Anlässe statt:

13. Juni, Empfang der Bundesbehörden, der Delegationen sämtlicher Kantone sowie der Behörden der Stadt Bern. Die Begrüssungsansprache hielt Regierungsrat Seematter, der Präsident des Organisationskomitees.
14. Juni, Empfang der Delegation der Berner Vereine in der Schweiz und im Ausland in der Rathausshalle. Die zirka 200 Anwesenden wurden durch Regierungsrat Dr. Gafner begrüsst.

Am 18. Juni wurde das diplomatische Corps im Rathaus empfangen und besuchte darauf das Festspiel «Hie Bern, hie Eidgenossenschaft».

Die Gäste besammelten sich am 13. Juni an der Bundesgasse und begaben sich im feierlichen Zug zum Rathaus. Am Abend des gleichen Tages fand die offizielle Jubiläumsaufführung des Festspiels «Hie Bern, hie Eidgenossenschaft» mit zirka 1000 Mitwirkenden in der Berner Festhalle statt.

Der offizielle Tag, der 14. Juni, begann mit protestantischen Gottesdiensten im Münster, in der Heiliggeist-Kirche und den übrigen Kirchen Berns, einem römisch-katholischen Gottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche sowie einem christkatholischen Gottesdienst in der St. Peter und Paul-Kirche beim Rathaus. Die offizielle Jubiläumsfeier wurde im Münster abgehalten und eingehakt durch Liedervorträge des Berner Männerchors und der Berner Liedertafel. Zwei Ansprachen, die erste in französischer Sprache durch Herrn Regierungspräsident G. Moeckli, und die zweite in deutscher Sprache durch Herrn Bundespräsident Dr. Ph. Etter, wiesen auf die Bedeutung des Eintrittes Berns in den Bund der Eidgenossen hin. Nach einem Mittagessen im Casino besuchten die Teilnehmer den historischen Umzug, an welchem rund 3000 Personen mitwirkten.

Alle diese Feiern und übrigen Veranstaltungen (Chutzenfeuer, Ausstellungen usw.) wurden einwandfrei durchgeführt und hinterliessen bei den Gästen, den Zuschauern und der ganzen Bevölkerung einen nachhaltigen Eindruck.

Der Grossen Rat hatte auf Antrag des Regierungsrates an die Kosten dieser Jubiläumsfeiern im Budget einen Betrag von Fr. 500 000 reserviert. Es kann festgestellt werden, dass diese Summe nicht vollständig beansprucht wurde. Über die Einzelheiten der Kreditbeanspruchung verweisen wir auf den Verwaltungsbericht der Finanzdirektion sowie auf die Staatsrechnung für das Jahr 1953.

Der Regierungsrat hat auch im Berichtsjahr weiter die Entwicklung im Jura aufmerksam verfolgt. Im Grossen Rat hatten sowohl er wie auch die einzelnen Fraktionen Gelegenheit, anlässlich der Behandlung einer Interpellation ihren Standpunkt durch Erklärungen bekanntzugeben.

Durch eine Ergänzung der Geschäftsordnung für den Grossen Rat ist eine Redaktionskommission ge-

schaffen worden, die den Auftrag hat, den deutschen und französischen Wortlaut in Übereinstimmung von Verfassungsänderungen und Gesetzen zu bringen und diese Entwürfe auf Widersprüche formeller Art mit bestehenden Gesetzen zu prüfen und Antrag zu stellen. Diese Kommission war notwendig, weil durch die Änderung der Staatsverfassung des Kantons Bern vom 22. Oktober 1950 die deutsche und die französische Sprache als gleichberechtigte Landessprachen anerkannt wurden.

Die Präsidialabteilung hat ferner die Abänderung von Artikel 19 der Staatsverfassung vorbereitet. Am 19. April 1953 ist diese Verfassungsänderung in der Volksabstimmung genehmigt worden. Darnach besteht der Grossen Rat in Zukunft aus 200 Mitgliedern, wobei den 31 Wahlkreisen vorab je 1 Mandat zugeteilt wird, und die übrigen – nach den Vorschriften des Proporz – auf Grund der in der letzten eidgenössischen Volkszählung ermittelten Wohnbevölkerung auf die Wahlkreise verteilt werden. Diese Verfassungsänderung ist von den eidgenössischen Räten am 19. Juni 1953 genehmigt worden. Das zugehörige Dekret über die Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und die Mandatzahl der Wahlkreise hat der Grossen Rat am 7. September 1953 genehmigt.

Am 7. Juli wurden dem Regierungspräsidenten durch eine Frauendelegation die Initiativbogen für ein Volksbegehr über das Frauenstimm- und Wahlrecht in den bernischen Gemeinden übergeben. Die sofort vorgenommene Nachkontrolle durch das kant. Statistische Büro ergab 33 655 gültige Unterschriften. Das Volksbegehr wurde darauf vom Regierungsrat an die zuständige Gemeindedirektion zur Behandlung überwiesen.

Im Berichtsjahr wurde der Kanton Bern einige Male durch Unwetterkatastrophen heimgesucht. Insbesondere wurde in der Zeit vom 25. bis 28. Juni die Umgebung von Langnau schwer verwüstet, so dass im Dienst stehende Luftschutztruppen zu Hilfe gezogen wurden.

Über weitere Beschlüsse des Regierungsrates und dessen Geschäftstätigkeit wird auf die Berichte der einzelnen Direktionen verwiesen.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten folgende Änderungen ein:

Aarberg: Als Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter ist an Stelle des zum Regierungsstatthalter von Büren gewählten H. Hugi, Bruno Lerch, Fürsprecher, auf dem Wege der stillen Wahl nachgerückt.

Aarwangen: An Stelle des im Jahre 1952 zurückgetretenen Notar H. Ischi wurde im öffentlichen Wahlgang als Regierungsstatthalter Emil Walter Schaffer, Verwaltungsangestellter in Langenthal, gewählt. Infolge Aufhebung der Vereinigung der Amtsverrichtungen des Betreibungs- und Konkursbeamten und des Gerichtsschreibers entschied sich der bisherige Amtsinhaber für die Stelle des Gerichtsschreibers. Als neuer Betreibungs- und Konkursbeamter wurde im stillen Wahlgang Fritz Wenger, bisher Kanzleisekretär des Betreibungs- und Konkursamtes Wangen, gewählt.

Bern: Als Gerichtspräsident wurde an Stelle des zurückgetretenen Fürsprecher R. Goetschel im stillen Wahlgang Peter Wyss, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Büren: An Stelle des verstorbenen Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalter A. Muggli wurde Fürsprecher Hans Georg Hugi, bisher in Aarberg, gewählt.

Interlaken: An Stelle des verstorbenen F. Tschiemer wählten die Stimmberchtigten im öffentlichen Wahlgang zum Regierungsstatthalter Fritz Balmer, bisher Betreibungs- und Konkursbeamter, und an dessen Stelle Hermann Stähli, bisher Angestellter des Betreibungs- und Konkursamtes Interlaken.

Konolfingen: An Stelle des verstorbenen E. Hermann wurde im öffentlichen Wahlgang zum Regierungsstatthalter Ernst Lauener, ing.-agr. in Enggistein/Worb, gewählt.

Seftigen: Der Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamte Max Linder trat zurück. An dessen Stelle wurde auf dem Wege der stillen Wahl Hans Rudolf Zurbrügg, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Trachselwald: Als Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter trat Fürsprecher K. Marti zurück. Die Stimmberchtigten wählten im öffentlichen Wahlgang an dessen Stelle Hans Ulrich v. Steiger, Fürsprecher in Langnau.

Amtsrichter

Bern: Im Laufe der Amtsperiode starben Dr. h.c. P. Baumann und K. Trachsel, und Dr. E. Steinmann trat zurück. Auf dem Wege der stillen Wahl wurden sie ersetzt durch Ernst Wieland, Schreibmaschinenmechaniker, Hermann Schenk, alt Obergärtner, und Hans Tanner, Spezierer.

Biel: An Stelle des verstorbenen Moritz Jordan, Charles Berthoud und des zurückgetretenen P. Rüefli wurden im stillen Wahlgang Rudolf Moser, Ingenieur, Emil Lüthi, pens. SBB-Beamter, und F. Ernst, pens. Strassenbahn-Angestellter, gewählt.

Konolfingen: An Stelle des zurückgetretenen E. Muster wurde im öffentlichen Wahlgang Ernst G. Huttmacher, Landwirt in Oberdiessbach, gewählt, der aber im Laufe des Berichtjahres verstarb, und dann im stillen Wahlverfahren durch Ernst Wüthrich, Landwirt in Allmendingen, ersetzt wurde.

Pruntrut: An Stelle des verstorbenen Arthur Terrier wurde auf dem Wege der stillen Wahl Joseph Crédard, Landwirt in Bressaucourt, gewählt.

Laufen: Auf Ende des Berichtsjahres ist in diesem Bezirk Ernst Saladin gestorben. Die Ersatzwahl findet im nächsten Jahr statt.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Auf dem Wege der stillen Wahl wurden gewählt:

Biel: An Stelle der zum Amtsrichter gewählten F. Ernst und E. Lüthi: Oskar Flückiger, SBB-Angestellter; die zweite Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Courtelary: An Stelle des zurückgetretenen R. Miche: Robert Bourquin, Holzhändler, Courtelary.

Konolfingen: An Stelle der zum Amtsrichter gewählten E. G. Hubacher und F. Wüthrich: Werner Lehmann, Landwirt in Bowil, und Friedrich Schwander, Landwirt und Gemeindepräsident in Herbligen.

Oberhasli: An Stelle des verstorbenen Joh. Huber: Heinrich Streun, Landwirt in Guttannen.

Bern: Die Ersatzwahl für den zum Amtsrichter gewählten Hans Tanner fällt in das Jahr 1954.

Staatskanzlei

Folgende Zahlen geben Auskunft über den Geschäftsgang der Staatskanzlei (Vorjahr):

An die Direktionen überwiesene Eingänge 1961 (2183). Überweisungen an den Grossen Rat: 463 (404).

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme Fr. 100 006.80 (133 851.38).

Beglaubigung von 30 777 (29 238) Unterschriften, für welche Gebühren von Fr. 36 383.95 (33 789) verrechnet wurden, davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden 24 438 (22 958) belegt, vom Legalisationsbüro oder durch Barverkauf Fr. 11 945.95 (10 831).

Im Anweisungsverkehr wurden 2228 (2374) Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Fr. 218 898.25 (208 250) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3453 Geschäfte, wovon 983 des Regierungsrates. Dazu kommen noch die zahlreichen Arbeiten von Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratsaal 88 Sitzungen abgehalten und die Rathaushalle für 25 Anlässe benutzt. Die Kommissionszimmer wurden den Direktionen für 214 Sitzungen zur Verfügung gestellt, wozu noch 26 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahre den Betrag von Fr. 5398.75 erreichten. Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 243 Besuche unseres Rathauses mit rund 4600 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs für 1953

I. Personelles

Der Staatsarchivar war gemäss R.R.B. Nr. 5030 vom 23. September 1951 für ein Drittel seiner Arbeitszeit beurlaubt zur Durchführung der Organisation der Burgerbibliothek. Der Arbeitsausfall wird dem Staat durch die Burgergemeinde Bern vergütet.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 445 Personen mit 2629 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 1070 mündlich, 718 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden Akten abgeliefert:
 Erziehungsdirektion: Akten und Kontrollen 1916–1925;
 Forstdirektion: Abt. Jagd, Fischerei und Naturschutz,
 Akten 1913–1922;
 Militärdirektion: Akten und Kontrollen 1911–1922;
 Kreiskommando Biel: Stammkontrollen des Rgts. Kr. 13,
 1878–1892;
 Bezirksarchiv Fraubrunnen: Manuale und Konzepte des
 Oberamts und des Richteramts 1803–1896;
 Missiven des Reg. Statthalteramtes 1905–1926;
 Schulinspektorat Biel: Schulkontrollen Seeland und Süd-
 jura 1883–1930.

Ausserdem wurden von einigen Dienststellen Akten
 dem Archiv zur vorläufigen Aufbewahrung anvertraut.

Von privater Seite kamen dem Archiv folgende
 Geschenke an Handschriften und Akten zu:

Von Herrn Lehrer Grimm in Burgdorf eine kleine
 Sammlung Familien- und ortsgeschichtlichen Inhaltes;
 von Herrn Dr. Robert v. Muralt Drucksachen und
 Handschriften, hauptsächlich zur Familiengeschichte
 v. Muralt.

Ausserdem gelangten einige ursprünglich zum
 Staatsarchiv gehörige Akten und Handschriften aus
 privaten Nachlässen wieder an ihren Herkunftsstandort
 zurück.

Die Bibliothek vermehrte sich um 464 Bände,
 327 Broschüren und 116 Blätter.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Ur-
 kundenrevision fortgesetzt; es wurden gereinigt, neu
 verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer
 Konolfingen, Laupen, Moutier und Nidau.

In der neuen Abteilung wurde die Abteilung Ge-
 meindewesen 1831–1846 behandelt.

Die im Vorjahr übernommenen Strassenpläne des
 18.–20. Jahrhunderts wurden verifiziert, instandgestellt,
 signiert und katalogisiert.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fort-
 gesetzt. Es kamen die Ämter Interlaken, Konolfingen,
 Landshut, Laupen und Nidau zum Abschluss, Ober-
 hasli wurde begonnen.

Für das Gesamtregister der Regierungsratsproto-
 kolle ab 1894 wurden die Bände 1895–1897 (teilweise)
 bearbeitet.

Die Revision und Neu-Erstellung des Registers über
 die wissenschaftlich wertvolle Abteilung der sog. «Un-
 nützen Papiere» wurde in Angriff genommen und mit
 Hilfe des kaufmännischen Arbeitsdienstes gefördert.

Fortgesetzt wurde das Emblemverzeichnis der
 Wappenkartothek und nachgeführt die Karteien der
 Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verord-
 nungen, der Chronikauszüge aus dem «Bund» und der
 Bibliothek.

VI. Führungen und Ausstellungen

Das Archiv beteiligte sich in erheblichem Masse an
 den Jubiläumsausstellungen. Mit einer eigenen grossen
 Ausstellungsgruppe war es im historischen Museum ver-
 treten, wo es in der Schau «Historische Schätze Berns»
 die Gruppe 9 «Denkwürdige Dokumente der bernischen
 Vergangenheit» und die Urkunde des Bundesbriefes dar-
 bot und für den Katalog bearbeitete. Ausserdem be-
 schickte das Staatsarchiv die Sonderausstellungen in
 Bern und in den Landesteilen; so in Bern die Sprünglin-
 Ausstellung, und die Ausstellungen im Gutenbergmuseum,
 im Naturhistorischen Museum, im Postmuseum, ferner
 die Regionalausstellungen in Biel, Burgdorf, Delsberg,
 Frutigen, Interlaken, Spiez und Thun. Insgesamt konnten
 während des Jubiläums über 400 Urkunden und andere
 Archivstücke des Staatsarchivs öffentlich besichtigt
 werden. Beschädigungen und Verluste traten keine ein.

Führungen mit Ausstellungen im Staatsarchiv wur-
 den veranstaltet für die Museums- und Lesegesellschaft
 und für die Sektion für Bildung und Geselligkeit des
 kaufmännischen Vereins Bern.

VII. Lehrerfortbildungskurs

Mit bestem Erfolg wurde im Berichtsjahr der vierte
 Lehrerfortbildungskurs unter der Leitung des Archiv-
 assistenten Lerch durchgeführt. Er war von 11 Teil-
 nehmern besucht und währte vom 28. September bis
 3. Oktober.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Die Vorarbeiten zum Register des 10. Bandes der
Fontes rerum Bernensium wurden weitergeführt. Der
 Staatsarchivar leitete die Herausgabe der Jubiläums-
 schrift der Burgerbibliothek, deren einen Teil er selber
 bearbeitete. Der Adjunkt des Staatsarchivs steuerte zur
 Festgabe des Historischen Vereins einen Beitrag bei.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurden folgende Bezirksarchive von
 Organen des Staatsarchivs besucht und beraten:
 das Bezirksarchiv von Trachselwald wegen Umbauten
 und Verlegungen, die Gerichtsschreiberei Thun wegen
 Verlegungen, das Bezirksarchiv Fraubrunnen wegen
 Ablieferung und das Betriebsamt Porrentruy. An
 Gemeindearchiven wurden besucht und beraten: die
 Archive von Courfaivre, Glovelier, St-Imier und St-Ursanne.

X. Ehemaliges fürstbischöflich-baslerisches Archiv

Es wurde die Abteilung B 240, Lucelle, Temporalia
 bearbeitet und mit der Inventar-Kartei darüber begon-
 nen.

XI. Hallwylarchiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1953
 Fr. 14 821.40. Er beträgt am 31. Dezember 1953
 Fr. 15 248.80. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf

Fr. 444.10. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

lungen wurde namentlich an der Planung und Durchführung des historischen Festzuges wesentlich mitgewirkt.

Bern, den 29. April 1954.

XII. Jubiläumsfeiern 1953

In der ersten Jahreshälfte war der Einsatz des Staatsarchivs für die Feiern beträchtlich. Neben der oben erwähnten Beteiligung an den Jubiläumsausstel-

Der Regierungspräsident:

G. Moeckli

Vom Regierungsrat genehmigt am 2. Juni 1954.

Test. Der Staatsschreiber i. V.: **E. Meyer**

